



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Deutsche Geschichte**

**Class, Heinrich**

**Leipzig [u.a.], 1921**

Der Umsturz

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

Am 4. November 1918 wurde der Waffenstillstand zwischen dem Donaureiche und dem Vielverband abgeschlossen.

Das österreichisch-ungarische Heer bestand nicht mehr — der Staat der Habsburger war zusammengebrochen.

So war das deutsche Reich jetzt ganz allein.

Mit um so größerer Eindringlichkeit stand es jedem Pflichtbewußten von politischer Einsicht vor Augen, daß es nur eine Rettung gäbe: den Versuch zu machen, das Volk vollkommen über die Folgen aufzuklären, die die Unterwerfung unter den Vernichtungswillen der Feinde haben mußte, — es im Hinblick auf diese furchtbare Gefahr zum höchsten Opfer aufzurufen und den letzten Kampf auf Leben und Tod zu wagen.

Aber an des Reiches Spitze stand Wilhelm II., der sich selbst preisgegeben hatte; Reichskanzler war ein Mann politischer Einbildungen wie Prinz Max; Machthaber waren die Führer der großstädtischen Massen geworden, die längst den Einfluß auf ihre Gefolgschaft verloren hatten; die öffentliche Meinung war von der Presse der Mehrheitsparteien beherrscht, die schändlicher schürte und hegte als je: heldenhafte Entschlüsse waren von all diesen nicht zu erwarten. So verhallten die Rufe, Warnungen, Aufklärungsversuche der Völkischgesinnten ungehört.

Am 28. Oktober hatten zwei der bewährtesten Heerführer, die Generale von Gallwitz und von Mudra, Gelegenheit vor den Staatssekretären ihre Überzeugung zu bekunden, daß der Kampf fortgesetzt werden könne, wenn das ganze Volk aufgerufen werde — aber sie drangen nicht durch. Die in der Zeit Wilhelms II. längst willenlos gewordenen Berufsbureautraten, die kleinbürgerlichen Staatssekretäre nach der Art eines Payer, die allein nach unten schielenden in hohe Ämter gelangten Volksverführer wie Scheidemann siegten im Rate mit ihrer Kleinheit über die willensstarken und kampfbereiten Feldherren. Männer ohne Heldensinn können nichts Heldisches wagen.

So wurden die Verhandlungen mit Wilson nicht abgebrochen. Nach einer vierten Note des Präsidenten beschloß die Reichsregierung eine „Waffenstillstands-Kommission“ unter der Führung des Staatssekretärs Erzberger zu dem feindlichen Oberstbefehlshaber zu entsenden; sie war innerlich entschlossen, um jeden Preis Frieden zu schließen.

So sah das lebende Geschlecht den Zusammenbruch des deutschen Reiches und seines Volkes.

### Der Umsturz.

Die Erscheinungen, die schließlich den inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes verursachten, brauchten nicht unbedingt die äußere Niederlage des deutschen Reiches herbeizuführen. Das kämpfende Heer stand auch auf dem entscheidenden westlichen Kriegsschauplatz noch immer weit

in Feindesland, und die Oberste Heeresleitung wie die bewährtesten Heerführer waren Ende Oktober der Ansicht, daß der Krieg noch monatelang fortgesetzt werden könne — mit der Aussicht dem Feinde so schwere Verluste beizubringen, daß er bereit würde, dem deutschen Reiche einen annehmbaren Frieden zu gewähren. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Erfolges war um so größer, als seit der zweiten Hälfte des Oktober die Stoßkraft des Feindes fühlbar nachgelassen hatte, der Winter vor der Tür stand, und der Feind einen nochmaligen Winterfeldzug scheute. Am Tage der Entlassung des Generals Ludendorff berichtete der neue Kriegsminister General Scheuch in der Sitzung der Staatssekretäre, Feldmarschall von Hindenburg habe geäußert: „Wir sind über den Berg gekommen. Nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In 14 Tagen werden wir weiter sehen — also Zeit gewinnen.“ Was der Oberste Feldherr der deutschen Heere hier gesagt hatte, war der Inbegriff aller Schlußfolgerungen, die aus den bei der Heeresleitung zusammenlaufenden Meldungen gezogen wurden.

Also: es war keine Rede davon, daß das Heer besiegt gewesen wäre, das Vaterland schutzlos dem Zugriff der Feinde dargelegen hätte. Daß der Feldmarschall mit seiner zuversichtlichen Meinung nicht allein stand, ergibt sich aus den oben berichteten Äußerungen der Generale von Gallwitz und von Mudra, und auch Ludendorffs Nachfolger General Gröner war Anfang November, obwohl er im allgemeinen schwarz sah, mindestens der Ansicht, daß die feindliche Stoßkraft nachgelassen habe. So bestand denn bei der Obersten Heeresleitung, auch nachdem Ludendorff ausgeschieden war, kein Zweifel darüber, daß entehrende und vernichtende Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen unannehmbar seien. In bezug auf die Räumung der besetzten Gebiete war im Falle des Waffenstillstandes an planmäßiges Zurückgehen gedacht, um alles dort befindliche Heeresgut zu retten. An eine Preisgabe deutschen Bodens dachte die Oberste Heeresleitung überhaupt nicht, sondern an ein Zurückgehen bis auf die Reichsgrenze — noch viel weniger kam für sie die Entwaffnung des deutschen Heeres in Frage, das vielmehr während der Verhandlungen schlagbereit zusammengehalten werden sollte, um auf die Feinde den nötigen Druck auszuüben.

So lagen militärisch die Dinge Ende Oktober und Anfang November 1918, und es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Oberste Heeresleitung bei der Bildung ihres Urteils alle ungünstigen Folgen in Betracht gezogen hatte, die sich aus dem Ausscheiden aller Bundesgenossen des deutschen Reiches ergaben. Es steht also fest, daß nach der Überzeugung der für die Kriegführung maßgebenden Stellen das deutsche Heer um diese Zeit noch kampffähig war und mindestens noch

wochenlang Widerstand leisten konnte — ganz abgesehen davon, ob und mit welchem Erfolge die Heimat zur „nationalen Verteidigung“ hätte aufgerufen werden können.

Wenn die Regierung des Prinzen Max von Baden sich trotzdem entschlossen hatte in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, obwohl dem deutschen Volke nach den Antworten Wilsons Unerträgliches zugemutet wurde, so bestand doch die Möglichkeit, daß sie scheitern würden, wenn die Feinde offenkundig an die deutsche Ehre griffen. Für diesen Fall hatte Prinz Max, hatten selbst sozialdemokratische Führer den Kampf bis aufs Äußerste angekündigt. Dies wird hier festgestellt, um den Schluß zu ziehen, daß auch sie die Weiterführung des Krieges militärisch für möglich hielten.

Wenn dann aus dem inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes die furchtbarste Niederlage wurde, die jemals ein Staat erlitten hat, so ist dafür der Umsturz verantwortlich zu machen, der Anfang November das deutsche Reich erschütterte, das Kaisertum zerschlug, die letzten Reste des Ansehens der Staatsgewalt beseitigte, den Einfluß der Urteilsfähigen und Staaterhaltenden ausschaltete und die Herrschaft der politischen Streber aufrichtete, die sich auf die verhezte und irregeleitete Masse stützten. Der Geist im Lande war vergiftet, Meuterei und Treubruch waren planmäßig in Heer und Flotte — vor allem in den „Etappen“ — vorbereitet worden. Dieser Teil der hochverräterischen Tätigkeit der Umsturzleute hat, als seine Folgen wirksam wurden, das Reich wehrlos gemacht und dadurch alles verschuldet, was sich aus der Wehrlosigkeit ergab. Es kam die Zeit, da die längst sichtbar gewordene sittliche und politische Erkrankung der Volksmasse zum Wahnsinn ausartete; da ihre Wortführer an die Spitze des Zerrbildes von Staat, das aus dem Reiche Wilhelms des Ersten und Bismarcks geworden war, getragen wurden, wo sie, von völkischem Ehrgefühl unberührt, nur auf die Stimmung ihrer Gefolgschaft horchten, vor der sie zitterten, weil sie die Führerschaft verloren hatten. Der Friede sollte den Arbeitermassen nach den Versprechungen jener, die sie zum Abfall vom alten Vaterlande mißleitet haben, Freiheit, Arbeit, Brot bringen — darüber wurde alles andere vergessen, vor allem die Gesetze der völkischen Ehre und Selbstachtung und die Bedeutung der Staatsmacht, die sowohl für das Eigenleben jedes Volkes wie für sein Verhältnis zu anderen Völkern von entscheidender Bedeutung sind. Die vom Umsturz emporgetragenen Machthaber ohne Macht fügten sich dem Verlangen der verführten Masse nach Frieden um jeden Preis und erreichten, daß ihr wehrlos gemachtes Vaterland sich seinen unbarmherzigen Feinden auf Gnade und Ungnade unterwarf und in einen Zustand geriet, der weder den Frieden brachte, noch Brot, noch Freiheit, sondern die verewigte Ohnmacht mit der Verarmung und Versklavung des deutschen

Vollstes — alles zum Verderben gerade jener, die sich in ihrer Verhehung und Urteilslosigkeit angemacht hatten, die Geschichte des Vaterlandes selbst in die Hand zu nehmen.

Wie all dies Entsetzliche gekommen, sei kurz geschildert.

\* \* \*

Wir haben verfolgt, wie seit Bismarcks Entlassung die Staatsgewalt Schritt für Schritt vor dem Machthunger der Versführer der Arbeitermassen und vor der gewalttätigen Begehrlichkeit dieser selbst zurückgewichen war; während des Krieges hatte sich diese gefährliche, von der Sozialdemokratie gewissenlos betriebene Entwicklung beschleunigt mit dem Erfolge, daß das Ansehen der Krone und des Staates vernichtet war. Es gab nur noch eine Stelle, vor der auch die Massen Achtung hatten — die Oberste Heeresleitung; nun war ihr Ansehen durch die schändliche Verdrehung und Ausbeutung der Vorgänge im Großen Hauptquartier um die Wende der Monate September/Oktobre von den zur Herrschaft drängenden Leuten der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse auch zerstört worden.

Alle üblen Instinkte des öffentlichen Lebens waren entfesselt; wer das Gute und Nützliche für das urteilslose Volk erstrebte, wurde überschrien und verdächtigt. Ein Zustand, der auch die treuesten Volksfreunde verzweifelt stimmen konnte.

Und doch hatten die Dinge sich noch viel gefährlicher und verderblicher entwickelt, als auch gut Unterrichtete wußten. Neben der zerlegenden Tätigkeit, welche die zur Richtung der Reichstagsmehrheit gehörenden Volksversführer und ihre Presse öffentlich ausübten, machten sich die Wirkungen der geheimen, unterirdischen Arbeit geltend, die — wie nach dem Umsturz auch der Öffentlichkeit bekannt wurde — seit Jahr und Tag von den Anhängern der unabhängigen Sozialdemokratie im Bunde mit noch weiter links stehenden Gruppen ausgeübt worden war. Es ist zugegeben worden, daß sie mit russisch-jüdischem Gelde ermöglicht wurde, und heute ist nicht mehr zweifelhaft, daß ihr auch Mittel aus dem feindlichen Auslande, wenn auch mittelbar, zur Verfügung gestellt wurden. Die Sendboten der Verschwörung hatten sich über das Reich verbreitet; ihre Tätigkeit erstreckte sich auch auf die Verbindungs- und Besatzungstruppen im eroberten Gebiete, ja an manchen Stellen bis auf die Kämpfenden an der vordersten Front und auf die Schlachtflotte. Mit besonderem Eifer wurde die Verhehung sowohl in der Heimat wie im besetzten Gebiete an Orten ausgeübt, wo größere Truppenmengen zusammengezogen waren, außerdem überall dort, wo die Industriearbeiterschaft stark vertreten war. Die Säden der Verschwörung liefen in den Händen der unabhängigen Sozialdemokraten zusammen, die unter jüdischer Führung standen, und an vielen Orten hatten Juden die Hand im Spiele. Seit

dem Frieden mit der Sowjet-Republik bestand enge Verbindung mit den jüdischen Machthabern des russischen Bolschewismus; die Folge davon war, daß die zum Umsturz willigen Angehörigen der Sozialdemokratie im deutschen Reich immer weiter nach links getrieben wurden. Zum Zwecke der „Aufklärung“ wurden Redner ausgebildet und im Lande umhergeschickt, die sich zur unabhängigen Sozialdemokratie bekennenden Zeitungen im Heer und in der Flotte verbreitet, aufrührerische Flug-schriften verteilt und geheime Versammlungen abgehalten. Besonders eifrig wurde dieser „Aufklärungsdienst“ in Eisenbahnzügen und Gastwirtschaften betrieben, wo dazu Angelernte die Rede auf die Zustände im Reich zu bringen hatten, um — wenn sie Gehör fanden — die Saat aufrührerischer Gedanken auszustreuen. Großen Anhang fanden diese Bestrebungen alsbald unter den jugendlichen Arbeitern, unter verhezten Frauen und — auch auf den Schlachtschiffen der Flotte. Die Meuterei im Frühjahr 1917 war ein erstes Warnungszeichen gewesen; damals hatte der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle behauptet, daß die Meuterer mit den Führern der Unabhängigen in Verbindung gestanden hätten; er fand aber, als das, soweit die verbrecherische Absicht in Frage kam, von diesen geleugnet wurde, nicht den Entschluß, den Fäden nachzugehen und die Zusammenhänge klarzulegen. Die Furcht vor der Reichstagsmehrheit, die den Unabhängigen beisprang, verhinderte rücksichtsloses Vorgehen. Da und dort aufflammende Ausstände, Meutereien in heimatlichen und Verbindungsstandorten, besonders solche bei der Ausreise von Truppen ins Feld, bewiesen, daß das Gift des Aufruhrgeistes zu wirken begonnen hatte — aber kaum jemand ahnte, in welchem Maße dies geschehen.

Als Prinz Max von Baden Reichstanzler geworden, als die Zeit des „parlamentarischen Systems“ gekommen war und der „neue Geist“ seine ersten Blüten trieb, verlangten die sozialistischen und die bürgerlichen Demokraten, daß die wegen politischer Verbrechen Verurteilten begnadigt werden sollten. Wirklich ließen sich die bundesstaatlichen Regierungen dazu herbei, und noch im Laufe des Oktobers 1918 wurden die wichtigsten Verbreiter des Umsturzgedankens in Freiheit gesetzt. Die Wirkung zeigte sich nach drei Seiten: Das Ansehen des Staates, wie es durch die Rechtssprechung zum Ausdruck kam, wurde weiter gemindert; die Begnadigten nahmen sofort ihre hochverräterische Tätigkeit wieder auf, für die sie durch die Entmutigung und Zermürbung der Heimat den Boden weiter bereitet fanden; wer bisher aus Furcht vor Strafen sich von solcher Wühlarbeit zurückgehalten hatte, erkannte, daß im deutschen Reich des Prinzen Max von Baden der Hochverrat nicht mehr gefährlich sei.

An der Westfront kamen die schwersten Tage, die jemals ein Heer durchzumachen hatte: so wenig auch von den Einzelheiten des Waffen-

Stillstandsgesuches und der politischen Vorgänge ganz vorn am Feinde bekannt geworden war, so war doch durchgedrungen, daß der Krieg abgebaut werden solle, und es war die stärkste Belastungsprobe für das Pflichtgefühl der Kampftruppen, von ihnen unter solchen Umständen das Ausharren im ungleichen Kampfe zu verlangen. Sie haben diese Prüfung bestanden. Es liegen erschütternde Beweise in Menge dafür vor, daß die kämpfende Front in den letzten Kriegswochen ein Heldentum über alles Beschreiben bewährt hat.

Die Flotte rüstete sich, falls die Verhandlungen scheitern sollten, mit größtem Nachdruck den Kampf aufzunehmen. Anfang August 1918 war der Sieger in der Schlacht vor dem Skagerak, war Admiral Scheer Chef des Admiralstabes geworden; er hatte sich dabei Vollmachten ausbedungen, die nun — gegen das Ende des Krieges — endlich die kraftvolle Führung der Flotte nach einem Willen möglich machten; sein Nachfolger als Führer der Schlachtflotte war Admiral Hipper geworden, der an jener Waffentat rühmlichen Anteil hatte. Die Flottenverwaltung hatte den Auftrag, mit allen Mitteln besonders den Bau von Unterseebooten zu fördern, um England in höherem Maße zu schädigen, wenn der Krieg fortgeführt werden mußte. Also: die Führer der Flotte dachten ebensowenig wie die des Heeres an Unterwerfung unter den Willen der Feinde, an einen Frieden um jeden Preis; bei den Beratungen mit den Leuten der neuen Regierung hatten sie getreulich an der Seite der Heerführer gestanden. Während diese sich auf den wiederhergestellten Geist ihrer Truppen verlassen konnten, wurden Scheer und Hipper von ihrer Waffe im Stiche gelassen, weil ein Teil der Matrosen vom Geiste des Umsturzes ergriffen war. Was sich im geheimen vorbereitet hatte, kam nun verderblich ans Licht.

Für die letzten Oktobertage hatten Admiralstab und Flottenchef eine große Unternehmung gegen die englische Flotte vorgesehen; die Vorbereitungen waren so getroffen, daß die feindliche Flotte unter Bedingungen in einen Kampf verwickelt werden sollte, die eine schwere Niederlage in bestimmte Aussicht stellten. Scheer und Hipper, die Helden vom Skagerak, waren gemeinsam am Werke: durfte die Flotte unter so bewährten Führern nicht auf den Sieg rechnen? Am 28. Oktober sollte die Schlachtflotte auslaufen — da brach offene Meuterei aus, die zum Flammenzeichen für den allgemeinen Umsturz wurde.

Man bedenke, was in den politisch und militärisch für das Vaterland so furchtbar schweren Tagen Ende Oktober 1918 ein deutscher Seesieg über die Engländer bedeutet hätte — und man ist sich über die Größe des Verbrechens klar, das Ehrvergessene damals begingen, auch wenn man die innerpolitischen Wirkungen jenes Verrates zunächst außer acht läßt.

Bei den Matrosen der Hochseeflotte hatten die Wühlereien der Unabhängigen günstigen Nährboden gefunden: das enge Zusammenleben auf den großen Schiffen, von denen die tüchtigsten der jüngeren Offiziere, die sonst den Verkehr mit den Mannschaften zu vermitteln, die sie zu überwachen und zu leiten hatten, für den Unterseebootdienst weggelassen waren, erleichterte den Verschwörern ihre Machenschaften. Dazu kam, daß der Dienst streng und eintönig war, ohne daß die Leute vom Erfolge etwas merkten, ohne daß ihre Einbildungskraft, ihre Stimmung durch glückliche größere Unternehmungen belebt worden wäre. Außerdem gehörten sie von ihrer bürgerlichen Tätigkeit her zum überwiegenden Teile zur Sozialdemokratie und hatten in den großen Kriegshäfen Kiel und Wilhelmshaven, deren Arbeiterschaft sich im Kriege für Werften, Fabriken und Werkstätten aller Art vervielfacht hatte, bei Landurlaub Gelegenheit, mit den dortigen Unabhängigen in Sühnung zu kommen. Andererseits hatten sie in der dienstfreien Zeit auf den Schiffen Muße unbeobachtet die eingeschmuggelten Zeitungen und Flugschriften zu lesen und zu besprechen. All diese Umstände hatten bewirkt, daß die Mannschaften der Schlachtflotte im Sinne des Umsturzes verseucht waren — diejenigen der Untersee- und der Torpedoboote, auf denen Offiziere und Matrosen eng zusammenlebten, waren trotz der Schwere ihres Dienstes in der Hauptsache davon frei geblieben.

Als nun in der Schlachtflotte die Vorbereitungen zu einem Unternehmen getroffen wurden, dessen Ziel den Untergebenen nicht bekannt war, verbreiteten die Rädelsführer zwei Lügen: Die Offiziere sähen voraus, daß die Flotte beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Engländer ausgeliefert werde, und hätten sich geschworen dies zu verhindern und für ihre Schiffe im Kampf mit der englischen Übermacht den Untergang zu suchen — wobei auf das Wahnsinnige eines solchen Unternehmens unmittelbar vor dem Waffenstillstand, der zum raschen Frieden führe, und auf das Verbrecherische, ungezählten Seelen wegen der verstiegenen Ehrbegriffe der Offiziere den Tod zu bereiten, hingewiesen wurde. Außerdem behaupteten die Heizer, ihre Führer am Festland hätten bestimmte Nachricht von Gleichgesinnten auf der englischen und französischen Flotte, daß, sobald die deutschen Kriegsschiffe die „rote Flagge“ hielten, beim Feinde dasselbe geschehen werde, womit der Krieg auf einen Schlag beendet sei. Durch solche Lügen betörten sie ihre urteilslosen Kameraden und die Meuterei brach aus, als der Flottenchef am 28. Oktober den Befehl zum Auslaufen gab; die Heizer rissen die Feuer heraus und auch an Deck zeigte sich Widerständigkeit. Noch gelang es der Meuterer Herr zu werden — aber an ein Auslaufen der Flotte war nicht zu denken; Admiral Hipper mußte das geplante Unternehmen, dessen Aussichten um so größer waren, als durch

die Einstellung des Untersee-Krieges alle U-Boote dafür frei waren, aufgeben und ließ das 3. Geschwader nach Kiel dampfen. Kein Zweifel, daß auf allen Schiffen die Treugebliebenen die große Mehrzahl bildeten, aber da sie sich aus dem falschen, ihnen beigebrachten „proletarischen Solidaritätsgefühl“ heraus weigerten, bei der Unschädlichmachung der Meuterer mitzuwirken, gegen sie von der Waffe Gebrauch zu machen, fraß der Aufruhr um sich, und in Kiel beschloßen die Rädelsführer, die Verhafteten zu befreien. Vom ersten November ab wurden dort von Arbeitern und Matrosen öffentliche Versammlungen abgehalten und Handlungen begangen, die aufrührerischer Art waren; sie zu verhindern wagte man aus politischen Rücksichten nicht, fürchtete auch, von den Truppen im Stiche gelassen zu werden. Am 3. November kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem Blut floß; am folgenden Tage bewaffnete sich ein Teil der Marinemannschaften am Festland eigenmächtig, um die Gefangenen zu befreien; am 4. November war die Bewegung so weit, daß die ersten „Soldatenräte“ von den Meuterern gewählt wurden und daß sie die rote Flagge offen zeigten. Am selben Tage unterbreiteten die Rädelsführer den Vorgesetzten ihre Forderungen, unter denen sich neben der Freilassung der jetzt Verhafteten und von dem früheren Glottenaufruhr im Zuchthaus sitzenden Verurteilten die Abdankung des Hauses Hohenzollern befand.

So weit war es gekommen, daß Angehörige der Flotte, der die besondere Sorge und Liebe Kaiser Wilhelms des Zweiten gegolten hatte, seinen Sturz verlangten!

Nun entwickelten sich die Dinge in rasender Schnelligkeit; die Vorgesetzten waren machtlos. Kiel vom übrigen Reiche abzusondern und damit den Herd der Empörung einzudämmen, wagte die Regierung des Prinzen Max nicht — oder durfte es nicht. Es verdient, in diesem Zusammenhang festgehalten zu werden, was der „Vorwärts“, der nach dem Umsturz gewissermaßen „Regierungs-Organ“ geworden war, Anfang 1919 höhnisch schrieb: „Die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund heraus gesagt werden — war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr der Regierung hinderte.“ Nach Kiel wurden Unterhändler gesandt, die sich auf den Boden des Geschehenen stellten und vor allem weiteres Blutvergießen zu verhindern suchten, nachdem es auf dem Linienschiff „König“ zum Kampf gekommen war. Der ehrliebende Kommandant Kapitän z. S. Weniger hatte mit seinen Offizieren die deutsche Kriegsflagge gegen den Versuch der Meuterer, sie durch die rote zu ersetzen, mit der Waffe verteidigt und war dabei schwer verwundet worden. Am Abend des 4. November war der wichtigste deutsche Kriegshafen unbestritten in den Händen der Aufrührer; auf den Schiffen

und Werften, an den Dienstgebäuden wehte die rote Fahne — einst das Wahrzeichen der Seeräuber. Einer der von Berlin entsandten Unterhändler, der mehrheitssozialistische Abgeordnete Noske, wurde zum Gouverneur ernannt — später, als der Umsturz allgemein geworden war, wurde es als sein Verdienst gerühmt, daß er durch sein Verhalten in Kiel den Kampf gegen die dortigen Meuterer verhindert und damit die Ausbreitung der Bewegung nach außerhalb ermöglicht habe.

War Kiel jetzt nicht mehr zu retten, so galt es mit allen Mitteln den Aufruhr auf diesen seinen Sitz zu beschränken. Der Versuch dazu wurde gar nicht unternommen, weil die Berliner Regierung — längst befangen in dem Wahne, daß der Umsturz unvermeidlich sei — nur bedacht war, Blutvergießen zu vermeiden: damit ließ sie sich von dem Angriffswillen der Empörer, die bei solchem Verhalten der Behörden ja keinerlei Gefahr liefen, überall das Gesetz vorschreiben.

Ungehindert von den bürgerlichen und militärischen Behörden sprang der Aufruhr zunächst auf Travemünde, Lübeck und Hamburg über; ungehindert verbreiteten sich die meuternden Matrosen von Kiel über das Reich, wobei sie planmäßig die militärisch und politisch wichtigsten Städte zuerst überrumpelten, dort die Gewalt an sich rissen und mit den örtlichen Führern der Verschwörung in Verbindung traten. Am 8. November waren sie die Herren von Köln, das der wichtigste Verbindungsort zur Westfront war; sie sperrten den Bahnverkehr nach der Front und verhinderten, daß Truppen, Lebensmittel, Schießbedarf dorthin befördert wurden. So fielen sie dem in denkbar schwerstem Kampfe befangenen Heere in den Rücken.

Mit einem Schlage stand das Reich in den Flammen des Aufruhrs: überall waren die Sendboten von Kiel seine ersten Erreger, überall fanden sie Mitläufer bei den mißmutigen, beschäftigungslosen Besatzungen, überall traten — als die Behörden untätig blieben — die örtlichen Führer der Sozialdemokratie in den Vordergrund und bemächtigten sich der Bewegung. Es steht fest, daß — abgesehen von dem ganz verseuchten Kiel — überall nur wenige den Anstoß zur Umwälzung gaben, und es ist nicht zu bezweifeln, daß an den meisten Orten der Aufruhr ohne Schwierigkeit hätte unterdrückt werden können, wenn die Behörden den Entschluß zu kräftigem Handeln gefunden hätten. Aber woher sollte ein solcher kommen?

Der Reichskanzler Prinz Max ging bei der Beurteilung des inneren Zustandes im Reich allein von der Stimmung aus, die unter der verhassten Arbeiterschaft der großen Städte herrschte, und er nahm es als feststehend an, daß diese den Willen und die Macht zum Umsturz habe; er ergab sich in die Entwicklung, als sei sie etwas unabänderliches. Die militärischen Befehlshaber der Heimat waren seit dem 26. Oktober 1918,

als die oberste Kommandogewalt des Kaisers beseitigt worden war, den maßgebenden politischen Stellen untergeordnet und durften nur auf deren Anordnungen einschreiten — die politischen Stellen aber wollten unter allen Umständen kein Blut vergießen lassen. Daß Offiziere, denen die Sicherheit der Heimat anvertraut war, gegebenenfalls um den Staat und die Krone zu retten, auf eigene Verantwortung handeln und von der in ihre Hand gelegten Macht Gebrauch machen müssen, daran dachte kein einziger von all den Befehlshabern im Reiche, und verhängnisvoll trat der Mangel an politischem Instinkt, politischem Erkennen und Wollen zu Tage, der bei den hohen Offizieren des deutschen Reiches herrschte. Nur gewohnt, auf Befehl zu handeln, waren sie rat- und hilflos, als der Befehl ausblieb, und ließen den Dingen ihren Lauf. So stießen die Leute des Umsturzes nirgends auf Widerstand, und kleinste Minderheiten zwangen der Mehrheit ihren Willen auf. Das Bürgertum sah sich von seinen Behörden und den Militärbefehlshabern im Stiche gelassen; Waffen besaß es nicht und die örtlichen Truppen schlossen sich überall dem Umsturz an. Was konnte, was sollte es tun, um einen Staat, eine Staatsform zu retten, die sich selbst aufgegeben hatte? Dazu kam, daß ja der weitaus größte Teil der bürgerlichen Bevölkerung den Einflüssen der zersetzenden Presse verfallen war und im Ernst daran glaubte, die innere Umwälzung werde den alsbaldigen Frieden mit Besserung der Ernährung und die Völkerverbrüderung bringen.

So geschah das Udenkbare, Schmachvolle, daß sich keine Hand für die Erhaltung des geschichtlich gewordenen Zustandes erhob und daß, als in Berlin das Kaisertum gestürzt wurde, im ganzen Reiche die bestehende Verfassung als erledigt galt und mit ihr auch die Staatsform der Bundesstaaten in Trümmer ging.

Nach dem Willen der Urheber des Umsturzes sollte die Monarchie des Hauses Hohenzollern beseitigt werden — etwas, an dessen Ausführbarkeit noch im Frühjahr 1918 kein Führer der Regierungssozialisten gedacht hatte; nun fiel sie, weil sie sich selbst aufgab und weil ihr Träger Leute zur Regierung berufen hatte, die sich — wie er selbst — willenlos vom Strome treiben ließen.

Wir wissen, daß Präsident Wilson unverhohlen, wenn nicht die Abschaffung des Kaisertums so doch seine Minderung an verfassungsmäßigem Einfluß und die Abdankung Kaiser Wilhelms II. verlangt hatte, sowie daß diese unerhörte Forderung nicht nur von den Führern der bürgerlichen und sozialistischen Mehrheit sofort aufgenommen und von ihrer Presse vertreten worden war, sondern daß Scheidemann im Namen der sog. Mehrheitssozialisten am 26. Oktober vom Reichskanzler in aller Form den Thronverzicht des Kaisers verlangt hatte. Prinz Max sah seitdem die Stellung des Kaisers als unhaltbar an und will sich bemüht haben, die Monarchie

als Staatseinrichtung und das Haus Hohenzollern zu retten, indem er den Kaiser zum freiwilligen Rücktritt zu veranlassen suchte.

Bereits am 1. November hatte sich ein preußischer Minister nach Spaa begeben, wohin der Kaiser in den letzten Oktobertagen zurückgekehrt war, um ihm im Namen der Regierung „über die Frage seiner Thronentsagung Vortrag zu halten“; der Kaiser hatte ablehnend geantwortet, indem er darauf hinwies, daß er dem Heere den Obersten Kriegsherrn erhalten müsse und daß in der Heimat das Chaos eintreten werde, wenn das Staatsoberhaupt fehle; er hatte erklärt, daß er es als seine Pflicht betrachte auf seinem Posten auszuharren. Auch als in der Heimat der Umsturz ausgebrochen war und um sich gegriffen hatte, blieb der Kaiser bei derselben Meinung und sprach sich insbesondere am 8. November bestimmt dahin aus, daß er nicht abdanken dürfe, weil sonst Volk und Heer der Zerlegung verfielen — er wollte vielmehr an der Spitze des Heeres in der Heimat die Ordnung wieder herstellen.

Im Laufe dieses Tages waren aus Berlin und aus den Etappen Meldungen über die Ausbreitung der Umsturzbewegung eingegangen, so daß am 9. November im Großen Hauptquartier zu der Lage Stellung genommen werden mußte. Der Feldmarschall war unter dem Einfluß des Generals Gröner zu der Ansicht gekommen, daß der Kaiser seinen Vorsatz, an der Spitze der Truppen nach Hause zurückzukehren und dort Ordnung zu stiften, nicht ausführen könne; der Erste Generalquartiermeister selbst sprach aus, daß das Heer nicht mehr hinter dem Kaiser stehe, während der Generalstabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Generalmajor Graf von der Schulenburg, die Überzeugung vertrat, daß Offiziere und Soldaten ihren Kriegsherrn nicht im Stiche lassen würden. Während der Feldmarschall und die Generale dem Kaiser über diese Fragen Vortrag hielten, traf aus der Reichskanzlei durch Fernsprecher die Aufforderung zur Abdankung ein und sie wiederholte sich mit wachsender Dringlichkeit, so daß der militärische Vortrag abgebrochen werden mußte. Inzwischen war Kronprinz Wilhelm erschienen und bat seinen Vater, die Truppen nicht zu verlassen, sondern zu seiner Heeresgruppe zu kommen, um mit ihr den Marsch in die Heimat anzutreten. Um die Stimmung der Truppen dem Kaiser gegenüber zu erforschen, wurde eine Umfrage unter den greifbaren Regimentsführern veranstaltet, deren Ergebnis der beauftragte Generalstabsoffizier dahin zusammenfaßte, daß die Truppe ihrem Kriegsherrn noch treu und ergeben sei — aber sie wolle nur Ruhe und Frieden, weil sie müde und gleichgültig sei; gegen die Heimat marschiere sie nicht, auch nicht mit dem Kaiser an der Spitze, sie wolle nur den Waffenstillstand.

Währenddessen liefen fortgesetzt Ferngespräche aus Berlin ein, in denen auf Abdankung gedrängt wurde. Zur Begründung dieses Drängens wurde,

nach der Befundung der militärischen Umgebung des Kaisers, von der Reichskanzlei geltend gemacht, daß in Berlin heftige Straßenkämpfe stattfänden, die Stadt flösse in Blut, die Truppen seien übergegangen und nur durch den Thronverzicht des Kaisers könne der Bruderkrieg vermieden werden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß nur auf diese Art das Haus Hohenzollern gerettet werden könne — der Entschluß müsse aber sofort gefaßt werden, und es handle sich nicht um Stunden, sondern um Minuten. Von den Beratern des Kaisers im Hauptquartier wurde verlangt, mit dem Reichskanzler persönlich durch den Sernsprecher in Verbindung zu treten und es wurde ins Auge gefaßt, daß Wilhelm II. als Kaiser abdankte, aber König von Preußen bleibe, um zu vermeiden, daß die Armee führerlos werde und sich auflöse; in diesem Falle sollte der Feldmarschall den Oberbefehl über das deutsche Heer übernehmen, während der König bei den preußischen Truppen bleiben wolle. Während eine diesem Entschlusse Wilhelms II. entsprechende Erklärung abgefaßt wurde, und ohne daß Prinz Max von Baden mit dem Großen Hauptquartier in Verbindung getreten wäre, wurde von der Reichskanzlei erneut die völlige Abdankung verlangt und mitgeteilt, daß der Reichskanzler bereits nachstehende Erklärung habe veröffentlicht lassen, die auch durch Sunkspruch schon bei einzelnen Truppenteilen bekannt geworden sei:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind; er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler vorzuschlagen.“

Das Ungeheuerliche war geschehen: der deutsche Reichskanzler, vom Kaiser zu seinem ersten Vertrauensmann berufen, Sohn eines alten Fürstenhauses, selbst Thronerbe in einem deutschen Bundesstaate, hatte es über sein Gewissen gebracht, der Welt eine Abdankung des Kaisers zu verkünden, die von diesem nicht vollzogen war, und dies noch durch den erfolgten Thronverzicht des Kronprinzen zu verschlimmern — er hatte das geton, nachdem vorher seine Beauftragten in der Reichskanzlei durch teils unwahre, teils übertriebene Behauptungen über die Vorgänge in Berlin den Kaiser und seine militärischen Berater zur Abdankung zu bestimmen versucht hatten.

Es ist kein Fall in der Geschichte bekannt, wo der oberste Berater eines Fürsten in solcher Weise Treubruch begangen hätte: dies Äußerste war den Deutschen vorbehalten als Abschluß des unseligen Zeitabschnittes, der mit der Entlassung des Fürsten Bismarck begonnen hatte.

Prinz Max begründet sein Vorgehen damit, daß er es — angesichts der Lage in Berlin und im Hinblick auf die Verzögerung des von seinem Be-

auftragten vom Großen Hauptquartier verlangten unbedingten Thronverzichtes des Kaisers — als das einzige freilich verzweifelte Mittel erkannt habe, um im letzten Augenblick die Monarchie als Staatseinrichtung und die Hohenzollern als Herrscherhaus zu retten. Eine Begründung, die des Prinzen menschliche Schwächen und politische Unzulänglichkeit offenbart. Kein Zweifel, daß der Reichskanzler und seine Umgebung allein unter dem Eindruck der Vorgänge in Berlin und in anderen Großstädten standen, daß sie die durch kein Einschreiten der Behörden gehemmten Auf-  
ruhrhandlungen des großstädtischen Pöbels als Willensfundgebung der Volksgesamtheit ansahen, gegen welche die Reichsleitung sich nicht auflehnen dürfe oder könne. Das seit Kriegsbeginn von der Regierung geübte Verfahren, nur nach unten zu sehen, alle Maßnahmen nach den Stimmungen der Masse einzurichten, diese Stimmungen als Volkswillen zu betrachten, erfuhr hier seine letzte Steigerung, die zur Zertrümmerung des Bismarck-Reiches führte. Über die sittliche Verwerflichkeit der Handlungsweise des Prinzen Max, die mit dem Kaiser auch den Kronprinzen abtat, kann kein Zweifel bestehen — um die Unklarheit seines angeblichen politischen Zieles zu kennzeichnen, sei doch darauf hingewiesen, daß ein Herrscherhaus und eine Monarchie, die durch die erzwungene Abdankung ihres Oberhauptes unter solchen äußeren Umständen „gerettet“ worden wären, durch diese „Rettung“ so sehr alles notwendigen Ansehens entkleidet werden mußten, daß sie unmöglich wurden — daß also diese Rettung ihr politisches Ziel verfehlt hätte.

Was war nun in Berlin tatsächlich vorgegangen?

Nach den Erklärungen, die das Oberkommando in den Marken durch Sernsprecher am 9. November an das Große Hauptquartier gelangen ließ, sollten zwar die Truppen in der Mehrzahl zu den Empörern übergegangen sein; die von der Reichskanzlei behaupteten Straßenkämpfe aber waren geringfügig; es konnte keine Rede davon sein, daß die Straßen in Blut flößen. Der gewiß bedenkliche Zustand war in der Reichshauptstadt, wie anderwärts, durch die Willenlosigkeit der politischen Behörden und durch das Versagen der obersten Militärbefehlshaber herbeigeführt worden. Man denke daran, daß Sozialdemokraten in den höchsten Ämtern saßen und die Haltung einer an sich schwachen Regierung dahin beeinflussten, „kein Blut zu vergießen“, d. h. dem Umsturz das Spiel zu überlassen. Der Höchstkommandierende in den Marken, Generaloberst von Linsingen, hatte alle Vorbereitungen getroffen, um Unruhen von Berlin fernzuhalten; insbesondere hatte er die Reichshauptstadt vom Verkehr mit den Mittelpunkten der Auf-  
bewegung, vor allem von Kiel, abgeschlossen, um die meuternden Matrosen fernzuhalten; er war entschlossen, dies mit Waffengewalt zu erzwingen. Diese Absicht wurde nicht ausgeführt; inwieweit politische Stellen sie

durchkreuzt haben, ist noch nicht aufgeklärt. Jedenfalls gelangten Matrosen in großer Zahl nach Berlin und übernahmen die Führung der Bewegung. Sie niederzuwerfen, wäre trotzdem möglich gewesen, wenn man die zuverlässigen Truppen von der Waffe hätte Gebrauch machen lassen — aber Generaloberst von Einsingen glaubte, nun keine zuverlässigen Truppen mehr verfügbar zu haben und erließ von sich aus das Verbot zu schießen. Damit war die Reichshauptstadt den Empörern ausgeliefert — aber Berlin war nicht Preußen, war nicht das Reich.

Wenn durch die Erklärung des Generalobersten von Einsingen die Frage des Schießverbotes für Berlin geklärt ist, so ist dies in bezug auf das Reich nicht der Fall. Nirgends ließen die militärischen Befehlshaber von der Waffe Gebrauch machen, überall wurde ein gleiches Schießverbot vorgeschützt, auch wo die Offiziere überzeugt waren, ihre Truppen fest in der Hand zu haben oder bereit waren, mit ein aus Offizieren bestehenden Abteilungen dem Aufruhr entgegenzutreten. Die Regierung bestreitet, ein allgemeines Schießverbot erlassen zu haben, und es liegt der Verdacht vor, daß von den Führern des Aufruhrs gefälschte Befehle ausgegeben wurden.

Wie immer die Dinge aber lagen — es ist kein Zweifel, daß die Treiber zum Umsturz, diejenigen, die auch auf die Gefahr eines Kampfes den Umsturz erzwingen wollten, eine kleine Minderheit waren, der sich infolge der Willenlosigkeit, ja Feigheit der Behörden dann schnell eine Masse von Mitläufern anschloß.

Die Geschichte hat die äußeren Vorgänge bei Staatsumwälzungen überliefert; sie gleichen sich immer und überall im wesentlichen und unterscheiden sich nur im Grade der Ausschreitungen, der der Veranlagung der tätig werdenden Völker entspricht. Staatsmänner, die aus der Geschichte gelernt haben, müssen wissen, daß Schwäche das sicherste Mittel ist, um den überall vorhandenen zerstörenden Kräften die Macht auszuliefern — Prinz Max von Baden und seine Amtsgenossen aber hatten nicht nur nichts von staatsmännischem Geiste in sich, sie waren auch von den Lehren der Geschichte unberührt geblieben. So erlagen sie schwachen Herzens und Willens den Eindrücken des Augenblicks und ihrer Umgebung und gaben preis, was zu behüten ihre oberste Amtspflicht war. Daß der Reichskanzler dies zudem in der Form eines in der Geschichte einzig dastehenden Betruges und Treubruches tat, ist seine besondere Schuld. Der politisch Rat- und hilflose stand ganz unter dem Einfluß Scheidemanns, der ihm den Ausbruch des allgemeinen Ausstandes, des gefürchteten „Generalstreiks“ androhte, wenn der Kaiser nicht unverzüglich abdante.

Derselbe sozialdemokratische Führer und Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max faßte, als er merkte, daß die unabhängigen Sozialisten im Bunde mit den Meuterern und dem übelsten Großstadtgesindel auf

den Umsturz der Staatsform losgingen, für sich und seine Partei einen raschen Entschluß. Er ließ die Mäskt fallen und stellte sich an die Spitze der Empörung, indem er am 9. November gegen 2 Uhr nachmittags vor einer am Reichstagsgebäude versammelten Volksmenge die Republik ausrief.

In Spaa war dem Kaiser am frühen Nachmittag des 9. November gemeldet worden, daß Prinz Max in Berlin seine Abdankung veröffentlicht habe; es wurde beraten, wie Wilhelm II., der sich noch als König von Preußen ansah und bezeichnete, und der als solcher beim Heere bleiben wollte, sich nach diesem Vorgang zu verhalten habe. Die Oberste Heeresleitung war der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen weder ein Verbleiben bei den Truppen noch viel weniger die Rückkehr nach der Heimat in Betracht komme. Sie empfahl auch jeden Versuch zu unterlassen, den unbefugten Schritt des Reichskanzlers rückgängig zu machen, weil sie davon den Bürgerkrieg befürchtete, und wies darauf hin, daß die deutschen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsverhandlungen bereits am 7. November die französische Linie überschritten hätten, der Abschluß des Waffenstillstands also unmittelbar bevorstehe. Sie schlug dem Kaiser den Übertritt ins neutrale Ausland, und zwar nach den Niederlanden, vor. Der Kaiser faßte am 9. November noch keinen endgültigen Entschluß — am frühen Vormittag des 10. verließ er das große Hauptquartier, um sich nach der niederländischen Grenze zu begeben; in Amersongen nahm er seinen vorläufigen Aufenthalt. Dort hat er am 28. November den Verzicht auf den Thron vollzogen und alle Offiziere und Beamten ihres Treueides entbunden.

So verlor der Entel Wilhelms I. das Herrscheramt, das nach menschlichem Ermessen seinem Hause sicher schien, so lange ein Hohenzoller lebte. Seine Getreuen im Großen Hauptquartier schließen ihren Bericht über die Vorgänge in Spaa mit dieser Feststellung:

„Der Kaiser stand unter dem niederschmetternden Eindruck, daß ihn der erste Ratgeber der Krone, der Reichskanzler, preisgegeben hatte, daß Heer und Marine ihn verlassen hatten und daß ihm der Weg zur Heimat und zur Front verschlossen war. So faßte der schwergeprüfte Herrscher nach qualvollen Seelenkämpfen, in Übereinstimmung mit dem Urteil seiner verantwortlichen Ratgeber und seiner Umgebung, den Entschluß, außer Landes zu gehen. Der Kaiser hoffte, hierdurch Deutschland weitere Verluste, Not und Elend ersparen und ihn Frieden, Ruhe und Ordnung wiedergeben zu können. Bis zuletzt ließ er sich nur von dem einen Gedanken leiten, seinem Vaterlande treu zu dienen.“

Niemand wird dies Schlußwort zu Wilhelms des Zweiten Herrschertätigkeit ohne Erschütterung lesen, und wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, dem berichtet es von den Bitternissen, die der gefallene Kaiser

an dem Schicksalstage von Spaa erlebt hat. Wer sachlich urteilt und alles in Betracht zieht, was von den tatsächlichen Vorgängen im Großen Hauptquartier nach den Zeugnissen der Beteiligten feststeht, kann sich der befremdenden Erkenntnis nicht entziehen, daß der Kaiser auch in seiner militärischen Umgebung keinen Mann gehabt hat, der der schweren Stunde gewachsen war, der ihn recht beraten hat. Er selbst war rat- und hilflos; aus allen Berichten ergibt sich, daß er alles an sich herankommen ließ, keinen Ausweg selbst fand, sondern zwischen den sich ändernden zum Teil widersprechenden Ratschlägen seiner Umgebung hin und her schwankte. Von ihm war der rettende Gedanke und Entschluß nicht zu erwarten — um so mehr kam es darauf an, daß seine Umgebung, insbesondere die Männer der Obersten Heeresleitung so für ihn handelten, ihn so berieten, daß das Wohl des Reiches und das Ansehen der Krone gewahrt wurden. Das aber haben sie nicht getan. Mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen haben sie sich vor den Ereignissen gebeugt statt ihnen standzuhalten, und es ist schmerzlich auszusprechen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg nicht zu jenen Ausnahmen gehörte. Seit sein getreuer Ludendorff aus dem Dienste geschieden war, hatte dessen Nachfolger, General Gröner, bestimmenden Einfluß auf sein Urteil und seine Entschlüsse gewonnen. Dieser in manchen Beziehungen tüchtige und auf dem Gebiete der Benützung der Eisenbahnen zu Kriegszwecken sehr bewährte, aus dem württembergischen Heeresanteil hervorgegangene Offizier besaß weder nach seiner Weltanschauung noch nach seinem Charakter die Eigenschaften, die dem greisen Feldherrn in solcher Lage den notwendigen Rückhalt geben konnten. Insbesondere war ihm das Verständnis für das preussische Königtum fremd geblieben, und er wußte nicht abzuschätzen, was das ruhmlose Verschwinden des Obersten Kriegsherrn für das Heer bedeuten werde. Er stand der Gedankenwelt seiner schwäbischen Landsleute nahe, die während des letzten Kriegsjahres zu politisch maßgebenden Ämtern gelangt waren, und die trotz der Verschiedenheit ihrer Richtungen in den für „demokratisch“ gehaltenen Grundanschauungen übereinstimmten. Nach dem Berichte der militärischen Umgebung des Kaisers war dieser General von seinem letzten Aufenthalte in Berlin am 5. und 6. November, obwohl er in der Beratung der Staatssekretäre scharf gegen die Abdankung des Kaisers gesprochen hatte, mit der Überzeugung ins Große Hauptquartier zurückgekehrt, daß der Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen angesichts der Entwicklung in der Heimat kaum länger aufgehalten werden könne. Wenn er es als Offizier (nach jenem Berichte) mehrfachen Anforderungen gegenüber ablehnte, den Kaiser zu diesem Schritt zu veranlassen, so liegt es doch nahe, daß seine Ansicht auf den Feldmarschall Einfluß gewann. Jedenfalls steht fest, daß dieser bei allen Besprechungen und Vorträgen am 9. November nichts tat, um den Kaiser von der Abdankung zurückzuhalten, ihn

zum Ausharren beim Heere zu bestimmen. Und das war das Entscheidende. Der Erbe Wilhelms des Ersten durfte sich nicht durch eine wahrheitswidrige Kundgebung des pflichtvergessenen Reichskanzlers absehen lassen — der Nachfahre des großen Friedrich durfte das Heer nicht verlassen, sondern mußte auf jede Gefahr hin bei ihm bleiben, um die Würde seines Amtes zu wahren und um zu retten, was zu retten war. Gegenüber diesem Gebot der Kaiser- und Königspflicht durfte die persönliche Sicherheit des Herrschers nicht in Betracht kommen. Es wird aber auch von glaubwürdigsten Zeugen — Offizieren und Mannschaften —, die bis zum letzten Augenblick in der kämpfenden Front gestanden haben, versichert, daß die Truppen — von verheßten Ausnahmen abgesehen — gar nicht daran dachten, sich von ihrem Kriegsherrn abzuwenden, noch viel weniger, daß sie ihm feindlich gesinnt gewesen seien.

Wenn im vorletzten Satze des oben wiedergegebenen Schlusses der Niederschrift, welche die militärische Umgebung des Kaisers über die Vorgänge des 9. November gefertigt hat, ausgesprochen wird „der Kaiser habe gehofft durch seine Abdankung dem Vaterlande weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung wieder zu geben“ —, so steht diese Behauptung mit der besseren Erkenntnis des Kaisers im Widerspruch, die an anderer Stelle des Berichtes wiedergegeben ist, daß seine Abdankung die Zersetzung des Heeres, das Chaos der Heimat zur Folge haben werde. Weil der Kaiser dies klar erkannte, durfte er nicht von seinem Posten weichen — hätte er es nicht erkannt, so mußten es ihm seine Berater im Großen Hauptquartier sagen und sie mußten verhindern, daß er ihn verließ. Die Oberste Heeresleitung verfuhr anders, und sie trägt deshalb vor der Geschichte die Mitverantwortung für die Folgen der Abdankung des Kaisers und seiner Entfernung vom Heere.

Des Zusammenhanges halber sei schon hier ausgesprochen, daß die politischen, militärischen und sittlichen Folgen dieses Schrittes ungeheuer waren. Das Kaisertum war doch allen Deutschen, die auf dem Boden ihres Volkes und Vaterlandes standen, die oberste Vertretung der völkischen Würde — das Königtum war für die treuen Preußen untrennbar vom Staate und ihr persönliches Verhältnis zum König hatte seine Weihe, trotz der Fehler der nachbismarckischen Zeit, noch nicht eingebüßt — der oberste Kriegsherr war für Offiziere und Soldaten mehr als ein Begriff; er war das lebendige Oberhaupt der mächtigen Gemeinschaft, dem sie den Ehneneid geschworen hatten und auf das sie in guten und schlimmen Tagen schauten.

Und nun verließ der Kaiser und König das ererbte Amt, der oberste Kriegsherr seine Truppen: was stand nun noch fest? Wofür sollten die Volks- und Staatstreuen sich einsetzen, wenn das Reichsoberhaupt dem Umsturz wich und durch seine Abdankung anerkannte, daß die alte Ver-

fassung in Trümmer geschlagen sei? — Wer sollte dem Heere seine Befehle erteilen, wenn es in die Heimat zurückkehrte?

Noch vor Kurzem hatte ein sozialistischer Führer anerkannt, daß das deutsche Volk durch und durch monarchisch sei — und nun beugte sich der Erste der deutschen Fürsten einem Aufruhr, der von wenigen angezettelt war und der nur Bedeutung gewonnen hatte, weil die obersten Vertrauensleute der Krone ihre Pflicht nicht erfüllt hatten!

Was sollten die Offiziere, die Beamten, die Bürger tun, wenn der Oberste im Lande den Umsturz tatsächlich anerkannte — was dachten und sagten die Truppen, daß der erste Soldat des Heeres über die Grenze ins Ausland ging!!

Wer die Unwägbarkeiten kennt, die im Leben eines Volkes so bedeutsam sind, und die tausend Fäden sah, durch die das Kaiser- und Königtum mit den wertvollsten Schichten des Volkes schier unlösbar verbunden war, versteht es, daß Wilhelms des Zweiten Abdankung und Entfernung verwüstende Folgen hatte.

Für den monarchischen Gedanken war es auch ein schwerer Schlag, daß Kronprinz Wilhelm seinen Ansprüchen auf den Thron entsagte; er hatte gegen die Kundgebung seines gar nicht erfolgten Thronverzichts nachdrücklich und würdig Verwahrung eingelegt und sich erboten, seinen Dienst als Heerführer weiter zu tun und, als dies von den neuen Machthabern abgelehnt wurde, sich für jeden anderen Dienst zur Verfügung gestellt. Als auch das nicht angenommen wurde, begab auch er sich — schlecht beraten — auf niederländisches Gebiet. Dort vollzog er am 5. Dezember den Verzicht auf die Krone Preußens und des deutschen Reiches.

Hier sei ausgesprochen, daß die Art, wie Prinz Max von Baden den deutschen Kronprinzen ausschaltete, an Schändlichkeit mit dem Betrug wetteifert, den er gegen den Kaiser beging. Um so bedauerlicher ist es, daß der Kronprinz das Geschehene durch seinen unerzwungenen Verzicht, der nach keiner Richtung hin nützen oder erleichtern konnte, anerkannt hat.

\* \* \*

Die Vorgänge in Kiel, Hamburg, Lübeck, Köln usw. waren die Einleitung zu dem, was im ganzen Reiche und in den Etappengebieten geplant war. Einen gewaltigen Ruck nach vorwärts machte die Bewegung, als am 8. November in München der sozialdemokratische Schriftsteller Eisner, ein Jude polnischer Abstammung, die Republik ausrief, und als König Ludwig III., ohne den Versuch der Gegenwehr, aus seiner Hauptstadt floh. Die obersten Behörden ließen sich, ohne einen Finger zu rühren, beiseite schieben, und das auf seine Sonderrechte eifersüchtige Bayern unterwarf sich der unbeschränkten Herrschaft eines Volks- und Landfremden,

der sie mit einem Stabe von Rassegossen und zweideutigen Nicht-Juden ausübte. Seine Leibgarde bildeten Matrosen, die hier wie überall, wo sie sich nun als Stoßtrupp des Umsturzes zeigten, den Schrecken aller Ordnungliebenden bildeten. Die Entwicklung der Dinge in München zeigte die Kopflosigkeit der obersten Behörden in hellstem Lichte: man war genau über Eisners Pläne unterrichtet gewesen und hatte doch nichts dagegen zu unternehmen gewagt.

So war der greise Wittelsbacher, der sich wahrhaftig bemüht hatte, den Pflichten seines Amtes gerecht zu werden, unter den deutschen Fürsten das erste Opfer des Umsturzes — schlimm, daß er so unförmlich floh.

Mit der Veröffentlichung der angeblichen Abdankung des Kaisers und des erlogenen Thronverzichts des Kronprinzen war der Sieg des Umsturzes entschieden; in den Bundesstaaten wurden die Landesherren gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, und das monarchischste Volk war über Nacht mit 25 Republiken bedacht, die im republikanischen Reiche zusammengefaßt bleiben sollten. Um zum Ausdruck zu bringen, daß jetzt die Zeit der Freiheit, der Volksherrschaft, gekommen sei, nannte man die neue Staatsform bald „Volks-“, bald „Freistaat“.

Die alten verfassungsmäßigen Volksvertretungen, der Reichstag und die einzelstaatlichen Landtage, ließen sich ebenso zur Seite schieben, wie der Bundesrat. Sonach unterwarfen sie sich der Umwälzung ebenso widerstandslos, wie die Landesherren und ihre Regierungen.

Es kam wie ein Taumel über die verführte Menge und ihre Mitläufer aus dem Bürgertum. Diese Urteilslosen wähten wirklich, daß eine neue, glückliche, große Zeit angebrochen sei; daß nun, wo der Kaiser und die Bundesfürsten beseitigt, wo der „Militarismus“ vernichtet war, und wo sich die Deutschen durch Annahme der republikanischen Staatsform den „freien Völkern des Westens“ ebenbürtig erwiesen, der Friede sofort folgen werde, der dem Volke Ruhe und Nahrung biete. Man hätte über die politische Harmlosigkeit, über die kindliche Weltfremdheit dieser Deutschen lächeln können, wenn nicht das Vaterland in Todeszuckungen gelegen hätte, von denen jene freilich nichts ahnten. Entsetzlich aber war es zu beobachten, wie Charakterlosigkeit und Feigheit sich offenbarten — beschämend, wie die öffentliche Gewalt in die Hände, sei es von politisch Unzurechnungsfähigen, sei es von politischen Verbrechern gelangte, die sich auf den Auswurf der Bevölkerung stützten. Der Augenblick war gekommen, wo die Ehrlosen, die ihr Vaterland im Kampfe im Stiche gelassen hatten, wo die Fahnenflüchtigen aus ihren Verstecken hervorkamen und die Leibgarde des Umsturzes bildeten; ihnen gesellten sich die Halbwüchsigen zu, die während des Krieges verwildert und sozialistisch verseucht worden waren. Vielerorten wurden Zuchthäuser, Gefängnisse und Freudenhäuser geöffnet, und ihre Insassen traten als Beschützer der

neuen deutschen Freiheit auf. Das Schändliche geschah und wurde geduldet, daß eine Heze gegen die Offiziere losbrach, als seien sie Verworfene, daß ehrliebende Soldaten ihrer Waffen und Abzeichen beraubt wurden; das eiserne Kreuz und die anderen Kriegsorden machten ihre Inhaber vogelfrei und die Ehrlosen prahlten mit ihrer Schande.

So äußerte sich der politische und sittliche Wahnsinn eines führerlosen Volkes, und wer von ihm frei blieb, wollte in Scham über das Unausdenkbare verzweifeln.

Überall entstanden nach dem Vorbilde des russischen Umsturzes „Arbeiter- und Soldatenräte“ — der widersinnige Versuch, die öffentlichen Geschäfte von unten leiten zu wollen.

In Berlin hatte Prinz Max von Baden nach der Ausrufung der Republik ruhmlos das Feld geräumt und die Reichskanzlerschaft dem Führer der Regierungssozialisten, dem Reichstagsabgeordneten Ebert übertragen. Aber schon zwei Tage später bildete sich — wiederum nach russischem Beispiel — eine Regierung der sog. „Volksbeauftragten“, die sich je zur Hälfte aus Mehrheits- und unabhängigen Sozialisten zusammensetzte und die von einem „Vollzugsausschuß“ der Arbeiter- und Soldatenräte ihre politischen Anweisungen empfing und von ihm überwacht wurde. Die Volksbeauftragten erließen am 12. November eine Verfügung mit Gesetzeskraft, durch die der Belagerungszustand aufgehoben, vollkommene Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit eingeführt, der Erlaß aller Strafen für politische Verbrechen und Vergehen verkündet, der achttündige Arbeitstag angeordnet und neben anderen Bestimmungen Wahlen zu einer „verfassunggebenden Nationalversammlung“ in Aussicht gestellt wurden, für die alle Zwanzigjährigen beider Geschlechter das Wahlrecht erhielten. Als bald wurde auch die Einrichtung der unbedingten Unterstützungsansprüche Arbeitsloser geschaffen.

Die Mehrheitssozialisten gebärdeten sich als die Träger und Schützer echt „demokratischer“ Anschauungen und Einrichtungen — gegen sie aber drängten von unten die am russischen Beispiel geschulten Vertreter einer reinen Herrschaft des Proletariats. Die neue Zeit begann mit dem Widerstreit zwischen den verschiedenen Gruppen der Umstürzler; die Regierungssozialisten sprachen die „Souveränität“ dem Volksganzen zu, während die Unabhängigen und noch vorgeschrittenere Gruppen, von denen besonders die sog. „Spartakisten“ eine wilde Heftigkeit entfalteten, sie allein für das Proletariat in Anspruch nahmen.

Das innere Glück des mit raschestem Frieden zu begabenden Volkes sollte durch den Abbau der ins Ungemessene gestiegenen Preise für alle Lebensnotwendigkeiten — vor allem für Nahrungsmittel — gefördert werden, und auch an diese Verheißung glaubte die urteilslose Masse.

\* \* \*

So beschämend die Vorgänge beim Umsturz in der Heimat waren — noch schimpflicher waren sie bei den Truppen der Etappen und besetzten Gebiete. Dort lösten sich vor den Augen der verwunderten Feinde bei den längst innerlich zuchtlos gewordenen Truppen die letzten Bande militärischer Ordnung. Die Offiziere verloren allen Einfluß und die Unwürdigsten rissen die Leitung an sich.

Was sich in Nordfrankreich und Belgien, in Polen und in der Ukraine abspielte, hat die Achtung vor dem deutschen Namen mehr geschädigt, als es die schwerste Niederlage im Kriege vermocht hätte. Aus den Truppen, die gestern noch äußerliche Ordnung hielten, waren über Nacht zuchtlose Banden geworden — nur von einem Gedanken beherrscht, so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Die Ehrlosen bemächtigten sich des Heeresgutes, verschleuderten es zum eigenen Vorteil an die fremde Bevölkerung, ließen sich entwaffnen, stürmten die Eisenbahnen, entkleideten sich selbst der bisher wert gehaltenen Abzeichen deutscher Krieger — und ernteten die grenzenlose Verachtung der Fremden, denen sie gestern noch Ruhe und Ordnung im Lande gehalten und die Herren gezeigt hatten. In regellosen Haufen strömten sie in das Reich zurück und hinterließen ein Andenken, das bei den so befreiten Feinden alle kriegerischen Großtaten des deutschen Heeres — die freilich von anderen deutschen Truppen ausgeführt worden waren — verdunkelte.

Auch im Reich löste sich alle militärische Ordnung. Eigenmächtig verließen die Soldaten ihre Standorte und Truppenteile und viele vergrißen sich bei solchem Abschied vom Dienste am Heeresgut. Fast durchweg blieben nur ausgesprochene Anhänger des Umsturzes in Wehrtracht, denen es gefiel, in den Arbeiter- und Soldatenräten eine Rolle zu spielen oder das mühelos gewonnene Brot der republikanischen Sicherheitswehr zu essen. Andererseits warf sich das schlimmste Gesindel in Soldaten- und Matrosenkleidung, die auf diese Weise entehrt und zum Abscheu für alle Anständigen wurde.

Das war das Ende des deutschen Heeres in der Heimat und in den besetzten Gebieten.

War die deutsche Ehre ganz verloren gegangen?

\* \* \*

Draußen vor dem Feinde, auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Belgiens, im fernen Osten, im Kaukasus und auf der Krim, standen ihre Hüter und wahrten das höchste Gut ihres unglücklichen Volkes in Heldensinn und Manneszucht. Als Prinz Max von Baden sich entschlossen hatte, auf Grund der „14 Punkte“ Wilsons und der amerikanischen Noten in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, hatten die Feinde jede Waffenruhe abgelehnt. Der Krieg ging weiter, und den deutschen Fronttruppen

mußte zugemutet werden, ihr Leben trotz des bevorstehenden Kriegsendes im ungleichen Kampfe einzusetzen. Wir wissen, daß sie diese schwerste Soldatenpflicht in ruhmescwürdiger Weise erfüllten — so, daß ehrliche Feinde ihre Bewunderung aussprachen.

So groß die feindliche Übermacht, so schwer die fechtende Front von den unaufhörlichen Kämpfen mitgenommen war: vor dem Umsturz stand das deutsche Heer unbesiegt und war nach der Meinung der Obersten Heeresleitung imstande, den Krieg noch eine Zeit lang fortzusetzen. Der Erste Generalquartiermeister, der wahrlich nicht zu den Zuversichtlichen gehörte, hatte in der letzten Sitzung der Staatssekretäre, der er beizuhnte, am 5. November ausgesprochen, daß das Heer nur noch kurzen Widerstand leisten könne — also an sich seine Kampffähigkeit bejaht und deren Maß als wesentlich von den Einflüssen der Heimat abhängig bezeichnet. Er hatte seine Ausführungen damit geschlossen, daß wir bessere Bedingungen erhielten, wenn die Armee ungebrochen bleibe; dann hätten wir für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage; die nötige Zeit zu Verhandlungen werde von dem Heere sicher geschafft werden. Trotz des Unterschiedes im Tone war General Gröner sonach in der Hauptsache auf dem Standpunkt seines Vorgängers Ludendorff verblieben; was er am 5. November in Berlin vortrug, war keine Bereitschaft, sich unerträglichen Bedingungen zu unterwerfen, sondern sah die Fortsetzung des Krieges für den äußersten Fall, wenn auch nur für kurze Zeit vor.

Am selben Tage reisten die deutschen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Großen Hauptquartier ab und trafen am 7. November beim feindlichen Oberst-Befehlshaber ein. Ihre Reise wurde von all den Urteilslosen, die auf Wilsons Hilfe und Hochherzigkeit bauten, mit der Hoffnung glimpflichen Ausganges begleitet. Da kam der Umsturz, die Abdankung des Kaisers, der Freudentaumel der Instinkt-Verlassenen in der Heimat — und ganz in den Bann der Völkerverbrüderung Verfallene steigerten ihre Hoffnung, nun, wo Wilhelm II. und der Militarismus beseitigt seien, würden die Feinde noch gnädiger verfahren.

Am 9. November ließ General Söck der deutschen Abordnung die Bedingungen überreichen, unter denen der Vielverband dem deutschen Reiche einen Waffenstillstand von 30 Tagen bewilligen wollte; am Tage darauf wurden sie der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Ein jäher Schrecken fuhr durch dies weltfremde Volk, das die Feinde — vor allem Engländer, Franzosen und Amerikaner — nach sich selbst beurteilt hatte. Wo war da etwas vom Geiste der Völkerveröhnung zu entdecken, wo etwas von dem sänftigenden Einfluß des Menschenfreundes Wilson? Alles, was dem deutschen Reiche zugemutet wurde, atmete Haß, Rache,

Gewalt, ja Vernichtungswahn, und brachte für die Schlafwandler der deutschen Kriegspolitik ein furchtbares Erwachen.

Was der Vielverband verlangte, war die Wehrlosmachung, war die Unterwerfung des deutschen Reiches auf Gnade und Ungnade. Die wichtigsten Bedingungen lauteten:

sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen;

Räumung des linken Rheinufers, wobei die Brückenköpfe Mainz, Koblenz und Köln mit einem rechtsrheinischen Gebiete im Halbmesser von 30 km den Feinden überlassen wurden;

rechts des Rheines sonst Schaffung einer „neutralen Zone“ von 30 bis 40 km Tiefe;

Unterhaltung der feindlichen Besatzung auf Kosten des deutschen Reiches; Zurücknahme der im Osten stehenden Truppen hinter die Grenze des 1. August 1914;

Verzicht auf die Verträge von Litauisch Brest und Bukarest;

Rückgabe des Standes der belgischen Bank sowie des russischen und rumänischen Goldes;

Bedingungslose Waffenstreckung in Ostafrika;

Abgabe von 5000 Kanonen, 30000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern und 2000 Flugzeugen;

Abgabe von 5000 Lokomotiven, von 10000 Eisenbahnwagen und ebensoviel Kraftfahrzeugen;

Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 leichten Kreuzern, 6 größten Schlachtschiffen — während alle übrigen Schiffe abgerüstet und zur Bewachung an die Verbündeten oder an Neutrale abgeliefert werden sollten;

Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit;

Aufrechterhaltung der Blockade gegen das deutsche Reich.

Was hier dem noch mit den Waffen nicht besieigten deutschen Reiche zugemutet wurde, ging gegen die Volksehre; wir sollten Elsaß-Lothringen preisgeben, ohne daß die stärksten Waffenplätze des Festlandes, ohne daß Metz und Straßburg bezwungen waren; — wir sollten dem Feinde das ganze linke Rheinufer überlassen und standen noch auf seinem Boden; — die deutsche Flotte ausliefern, die das seegewaltige England nicht niederzukämpfen vermocht hatte; — die Helden von Ostafrika im Stiche lassen; — wir, die wir von den Feinden fast 4 Millionen Kriegsgefangene im Lande hatten, sollten sie freilassen, die deutschen Kriegsgefangenen aber sollten von den Feinden festgehalten werden —; unser Volk, das so furchtbar unter den Folgen der Unterernährung litt, sollte weiter hungern, da die Engländer ihr einziges Kriegsmittel, mit dem sie Erfolg hatten, ihre zugleich feigste und schärfste Waffe, die Blockade, weiter aufrecht erhielten!

Eine jede dieser Forderungen bedeutete, wenn angenommen, die sittliche Selbstvernichtung des deutschen Volkes; die Annahme dieser Bedingungen war Waffenstreckung, nicht Waffenstillstand — war politischer Selbstmord.

Der Augenblick war da, an den Ludendorff gedacht, wenn er von der Notwendigkeit äußersten Widerstandes gesprochen hatte, — und auch Prinz Max, ja selbst sozialistische Führer hatten doch Anfang Oktober noch versichert, daß im äußersten Falle der äußerste Widerstand geleistet werden sollte!

Und nun?

Nun hatte der Umsturz in der Heimat und in den Etappen gesiegt, nun sperrten ehrvergessene Arbeiter- und Soldatenräte dem kämpfenden Heere die Zuführung von Ersatzmannschaften, von Lebensmitteln und Schießbedarf. Nun waren der Oberste Kriegsherr und sein Erbe vom kämpfenden Heere weg ins neutrale Ausland gegangen — waren auch an der Front Soldatenräte gebildet worden und begann bei minder guten Truppen die Umwälzung sich geltend zu machen — bei allen aber die Sehnsucht nach der Heimat.

Konnte dies Heer auch jetzt noch — während die Verhandlungen schwebten — nach so grundstürzenden Änderungen weiterkämpfen? Wäre es, wenn es das noch gekonnt und gewollt hätte, nicht zwischen den äußeren Feind und die im Aufruhr befindliche Heimat eingeklemmt worden?

Die Schuld des Umsturzes in bezug auf die innere Zertrümmerung und Vernichtung des Vaterlandes ist furchtbar — furchtbarer noch die Schuld gegen das deutsche Heer — am furchtbarsten aber die von ihm herbeigeführte Preisgabe der deutschen Ehre gegenüber den Feinden.

Was konnte jetzt noch geschehen? Die vaterländischen Kreise, die zur Wahrung der deutschen Ehre bis zum Umsturz die völkische Verteidigung verlangt hatten, widersprachen der Annahme solcher Bedingungen und rieten, die Feinde sich holen zu lassen, was sie heischten — rieten es im Bewußtsein dessen, was daraus folgen konnte.

Der Feldmarschall, das Haupt des unbesiegten Heeres, verzweifelte jetzt nicht nur an jedem Widerstand, er fürchtete, daß das Heer nach der Abdankung und Entfernung des Kaisers sich im Falle der Ablehnung der Bedingungen nicht zusammenhalten lasse, und empfahl deshalb, einige Milderungen zu erwirken; gelinge das nicht, so riet er durch Drahtung vom 10. November trotzdem abzuschließen.

Der Umsturz im Reiche hatte dem kämpfenden Heere die Waffen zerbrochen, hatte den ruhmgekrönten Feldherrn der Möglichkeit beraubt, das Letzte zu leisten, um die deutsche Ehre zu wahren; der unbesiegte Feldmarschall mußte das Härteste tun, was je einem Heerführer zugemutet wurde: er mußte die Annahme von Bedingungen empfehlen, die sein Vaterland wehrlos und ehrlos zugleich machten.

Die „Volksbeauftragten“ — in noch höherem Grade auf die Stimmung der Massen schauend, als die früheren Regierungen — waren auch ohne Hindenburgs Rat entschlossen, den Waffenstillstand anzunehmen und ermächtigten den Staatssekretär Erzberger, den Vertrag zu unterzeichnen. So trägt diese Urkunde deutscher Schande den Namen des Mannes, der im Verein mit den sozialistischen Führern den Zustand herbeigeführt hat, der das Vaterland vernichten mußte. Die Rolle, die der Verderbliche bei den Verhandlungen mit dem feindlichen Oberbefehlshaber spielte, hat in der Geschichte nicht ihresgleichen: eitel und ruhmredig, oberflächlich und unwürdig, unsachverständig und leichtfertig trat der für so ein furchtbar ernstes Geschäft von den neuen Machthabern Bestimmte auf, und die ihm beigegebenen Sachverständigen der deutschen Erwerbsstände warfen ihm vor, daß er durch die Art seiner Behandlung wichtigster Fragen das deutsche Volk schwer und langwirkend geschädigt habe.

Am 11. November 1918 unterzeichnete Erzberger den Vertrag, und um 11 Uhr 55 Minuten mittags trat an diesem Tage der Waffenstillstand in Kraft.

Fünf Wochen danach schrieb der englische General Maurice in einer Londoner Zeitung: „Das deutsche Heer ist von hinten erdolcht worden“, und etwas später äußerte ein ehrlicher französischer Offizier im besetzten Gebiete: „Wir haben nicht gesiegt, — aber wir haben gewonnen.“

Als deutsche Seeoffiziere die an England auszuliefernden Kriegsschiffe dorthin brachten, gestanden ihnen englische Offiziere, daß ihr Vaterland nur kurze Zeit noch habe kämpfen können. Es bleibe dahingestellt, in welchem Umfang das richtig ist — man kann die Furcht und den Druck, unter dem unser gefährlichster Feind gestanden hatte, nach den Vorgängen ermessen, die sich im Unterhaus bei der Bekanntgabe des Waffenstillstandes abspielten — auch aus dem Dankgottesdienste, zu dem sich das Parlament sofort darauf in die Westminster=Abtei begab.

Wie die Aussichten — abgesehen von der Widerstandsfähigkeit des deutschen Heeres — für einen annehmbaren Ausgang des Krieges kurz vor dem Umsturz standen, ergibt sich auch aus einem Satze, den Winston Churchill, eine der treibenden Kräfte der englischen Kriegsführung, Anfang Januar in einer Zeitschrift schrieb: „Darf ich es sagen? Wir sind gerade nur so durchgekommen“. Dies Geständnis bezieht sich insbesondere auf die Wirkungen des deutschen U=Bootkrieges und läßt die außerordentliche Bedeutung seiner Einstellung während der Verhandlungen mit Wilson im hellsten Lichte erscheinen, als Prinz Max auf den Befehl des Amerikaners die in diesem Augenblick wirksamste deutsche Waffe aus der Hand gab.

\*

\*

\*

Der Umsturz hat vollendet, was die Reichstagsmehrheit begonnen, was ihre Presse gefördert, was die Regierenden des früheren Reiches geduldet hatten: wenn er sonach auch nicht allein für das Unglück verantwortlich ist, in welches das deutsche Reich geriet, so trägt er für dessen Maß und Gestalt den größten Teil der Schuld. Darüber hinaus aber muß gesagt werden, daß niemals eine Staatsumwälzung sinnloser war, daß niemals eine solche von kleineren, unwürdigeren Menschen betrieben wurde, daß keine zerstörendere Wirkungen gehabt hat, als diese angeblich deutsche, mit der das deutsche Volk nichts gemein hat, als daß es sie duldete. Was konnte dieser Umsturz noch wollen, nachdem der Kaiser sich in solchem Umfange seiner wesentlichen Herrscherrechte hatte entkleiden lassen, daß die rein parlamentarische Staatsform sicher war? Von einer Bedrückung des Volkes durch ungerechte Behörden konnte niemand reden, und der Mangel an Nahrung und Rohstoffen konnte wahrlich durch den Sturz des Kaisertums, das zudem an ihm ganz unschuldig war, nicht behoben werden. Wie man auch sucht, um Gründe zur sittlichen Rechtfertigung der Novembervorgänge zu finden — es gibt deren keine. Daß die nachbismarckische Regierungsweise verkehrt war, daß ihre Träger beseitigt werden mußten, daß die Rückkehr zu den politischen Überlieferungen Wilhelms des Ersten und Bismarcks notwendig war — rechtfertigt diese Umwälzung nicht; denn sie ging von Leuten aus, nach deren Wünschen und Winken hauptsächlich in dem letzten Vierteljahrhundert die Reichsgeschäfte geleitet worden waren. Es steht auch fest, daß der Umsturz gar nicht von Hungernden oder sonst Notleidenden ausging. Seine Träger waren die Meuterer der Schlachtflotte, denen es an nichts fehlte, die Fahnenflüchtigen, die kriegsscheuen Ersatztruppen der Heimat, die verwahrlosten Jugendlichen, Großstadt-Gesinde aller Art — sie alle geleitet und benutzt von machthungrigen Parteiführern, deren politische Unbrauchbarkeit ihr Verhalten während des Krieges für jeden Urteilsfähigen dargetan hatte. Um ihren Ehrgeiz zu befriedigen, um sie davor zu sichern, daß sie den Einfluß auf die von ihnen verhehten Massen nicht ganz verlören, mußte das Reich zertrümmert werden. Nicht einmal bei dieser Vernichtungsarbeit zeigten die Empörer selbständige Erfindung, noch viel weniger bei dem Versuche, die neue Staatsform zu schaffen. Alles wurde slavisch den Vorbildern der französischen, vor allem aber der russisch-jüdischen Umwälzung nachgeahmt. Kein Wort aus den Reden der neuen Machthaber, das Leben behalten hätte — noch viel weniger ein aufbauender Gedanke. Nirgends eine Persönlichkeit von Führereigenschaften, sondern soweit die Leute des Umsturzes deutscher Abstammung waren, kleinbürgerliche Menschen, die als Parteiangestellte behäbig geworden waren, aber ewig Parteiangestellte mit dem Gesichtsfreis der mißverstandenen Arbeiterbegehren blieben, oder aus dem Gleich-

